Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belagexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 262. Freitag den 19. September 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die öffentlich ausgeschriebene Lieferung von **gußeisernen Säulen** und **Unterlagsplatten**, sowie **walzeisernen Trägern** für den Neubau des **Eckgebäudes** neben der **Markthalle** ist vergeben.

Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber werden daher ihrer Angebote hiermit entlassen.

Leipzig, am 16. September 1890.

Ia 6300/1237 **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Rüling.

Fondsbörse zu Leipzig.

Die **Wahl** der von den Besuchern der Fondsbörse in den **Schätzungs-Ausschuß für 1890** zu entsendenden **3 Mitglieder** findet

Freitag, den 19. September 1890,

unmittelbar nach Schluß der Börsenversammlung statt. Unter Hinweis auf den betreffenden Börsenausschlag laden die Unterzeichneten hiermit zur Theilnahme an dieser Wahl ein.

Leipzig, den 11. September 1890.

Die seitens der 1. Abtheilung des Börsenvorstandes in den Schätzungs-Ausschuß für 1890 Abgeordneten:
M. Schmidt. Fritz Mayer. Franz Schlick.
Biegl, Börsensecretair.

Die Erneuerung der Handelsverträge.

Die Handelskammer macht die Mitglieder des Handelsstandes darauf aufmerksam, daß mit dem 1. Februar 1892 die Handelsverträge mit der **Schweiz**, mit **Italien** und **Spanien** ablaufen. Vorher schon endigen die Handelsverträge mit der Türkei und Rumänien, am 1. Januar 1891 der Vertrag mit Serbien und am 20. Februar 1891 der Vertrag mit Griechenland. Endlich können jederzeit gekündigt werden mit einjähriger Frist die Handelsverträge mit Belgien, Großbritannien und Irland, mit den Niederlanden, mit Oesterreich-Ungarn und mit Portugal.

Mit Frankreich besteht laut Art. 11 des Frankfurter Friedens-Vertrages vom 10. Mai 1871 ein Meistbegünstigungs-Abkommen. Dasselbe erstreckt sich jedoch nur auf diejenigen Begünstigungen, welche einer der vertragschließenden Theile den Niederlanden, Belgien, Großbritannien, Oesterreich-Ungarn, Rußland oder der Schweiz zugestanden hat oder zugestehen würde. Da jedoch die Handelsverträge, welche Frankreich mit Belgien, Großbritannien und der Schweiz abgeschlossen hat, mit dem 1. Februar 1892 ablaufen, und die Verträge mit den Niederlanden, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz jederzeit gekündigt werden können, so ist es leicht möglich, daß auch unsere Handelsbeziehungen zu Frankreich in kurzer Zeit thatsächliche Aenderungen erfahren können.

Im Hinblick auf die **große Wichtigkeit**, welche die Handelsverträge für das **Gedeihen der Industrie** haben, liegt es im Interesse des Handelsstandes, etwaige **Wünsche**, welche die Erneuerung oder Abänderung jener Verträge betreffen, **ausführlich** und **rechtzeitig** auf schriftlichem Wege der Handelskammer mitzutheilen, damit diese sie bei ihren Gutachten verwerthen und berücksichtigen kann. Wir bitten daher, solche Aeußerungen **bis zum 29. d. M.** an die Kanzlei der Handelskammer, Neue Börse, 2r. A. I., zu richten.

Leipzig, den 18. September 1890.

Die Handelskammer.
R. Thieme, stellv. Vorsitzender. F. Vater, II. S.

Bekanntmachung.

Die Führung des Handels-, Genossenschafts- und Musterregisters über die zum Bezirke der Königlichen Amtsgerichte zu Belgern, Dommitzsch und Pretzsch gehörigen Ortschaften, welches bisher von dem unterzeichneten Amtsgerichte geführet worden, ist durch Verfügung des Herrn Justiz-Ministers vom 11. Februar d. J. — vom 1. October d. J. ab den vorbezeichneten Gerichten, einem jeden für seinen Bezirk übertragen worden.

Torgau, den 17. September 1890.

Königliches Amtsgericht.

Die Lage in Ostafrika.

Unsere Zweifel an der Richtigkeit der Annahme, daß durch das deutsch-englische Abkommen der friedliche Verlauf der deutschen und englischen Colonisation Ostafrikas verbürgt werde, haben sich als begründet erwiesen. Die Spannung zwischen England und Deutschland wegen der afrikanischen Angelegenheiten ist stärker als sie je zuvor gewesen ist und zwar auf die bisher noch unbestätigte Nachricht hin, daß die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft die Abhaltung von Sclavenmärkten in Bagamoyo und Dar es Salaam gestattet habe. Die englischen Blätter verlangen bereits den Abbruch der Beziehungen zwischen beiden Ländern, die Theilnahme Deutschlands am Brüsseler Antisclaverei-Congreß wird als Hohn bezeichnet, Deutschland wird beschuldigt, die Errichtung des Protectorats über Zanzibar zu erschweren, die Unmöglichkeit einer friedlichen Vereinbarung im Sinne des deutsch-englischen Vertrages vom 1. Juli liege auf der Hand.

Aus diesen erregten Aeußerungen der englischen Presse ist ersichtlich, auf wie schwachen Füßen das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und England in Ostafrika steht, was von Deutschland mit so großen Opfern erkauft worden ist. Ein so vorschnelles Zugreifen, um Streitigkeiten hervorzurufen, ohne eine nähere Darlegung und Begründung des Sachverhalts abzuwarten, muß in hohem Grade befremden, es zeugt das keineswegs von gutem Willen auf englischer Seite, und wenn auch der Streit, wie anzunehmen, bald wieder beglichen sein wird, so bleibt doch eine Verstimmung zurück, die nicht dazu dienen kann, ein friedliches Zusammengehen Englands und Deutschlands in Zukunft zu verbürgen.

Eine ebenfalls sehr ernste Sache ist der Verrath, welchen Jackson, der Führer der von der Britisch-Ostafrikanischen Gesellschaft veranstalteten Unternehmung zur Errichtung von Stationen am Victoria-Nyanzasee, an Dr. Peters geübt hat. Er wollte den Führer der Expedition zur Unterstützung Emin Paschas, der ihm freundschaftliches Zusammenwirken anbot, verhaften lassen, hatte sich aber in der Meinung getäuscht, welche Mwampa gegen Dr. Peters hegte, und wird jetzt in großer Verlegenheit sein, wie er sich ohne unheilbaren moralischen Schaden aus der Sache herausziehen soll. Die ganze Art und Weise, wie sich die Engländer gegen Dr. Peters verhalten haben, ist überhaupt ein wesentliches Hinderniß für die Gestaltung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den deutschen und englischen Colonisten in Afrika, das Streben, jede Kraftäußerung einer anderen Nation im dunkeln Erdtheil niederzuhalten, ist bei den Vertretern der englischen Nation zu schroff hervorgetreten, als daß diese Dinge einfach der Vergessenheit anheimfallen könnten. Der letzte Zug Stanley's nach Wadelai mit seinen Folgen ist ein Merkmal englischer Colonialpolitik, welches nicht so leicht aus der Erinnerung der lebenden Generation verschwinden und auch auf die kommenden Geschlechter noch seine Wirkung äußern wird.

Die Erregung der öffentlichen Meinung in England ist nicht durch die angebliche Gestattung des Sclavenhandels in den deutschen Küstenstädten Bagamoyo und Dar es Salaam, sondern durch die Wahrnehmung veranlaßt, daß die Engländer trotz des Abkommens mit Deutschland nicht um ein Haar besser daran sind, als vorher. Die Engländer haben es nicht verstanden, sich die Sympathien der Bewohner ihres Colonialbezirks zu erwerben, weder in Zanzibar noch in Witu, weder in Uganda noch an der Küste. Ueberall tritt ihnen die Unzufriedenheit mit den durch das Abkommen vom 1. Juli geschaffenen Veränderungen entgegen, überall die Klage, daß man die deutsche Schutzherrschaft lieber gesehen hätte. Das ist allerdings für die Engländer sehr unangenehm, aber sie sind es doch allein, welche die Schuld an den bestehenden Verhältnissen tragen, es ist ihnen gelungen, sich überall in Ostafrika verhaßt zu machen, und an dieser Thatsache kann freilich kein Abkommen mit Deutschland etwas ändern. Am liebsten hätten es die Engländer gesehen, wenn Deutschland einfach auf seine ostafrikanischen Erwerbungen Verzicht geleistet hätte, aber so weit konnte selbst ein Entgegenkommen nicht gehen, welches von den Rücksichten auf die europäische Gesammtpolitik dictirt wurde.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß der ganze Lärm, der sich gegenwärtig in der englischen Presse gegen Deutschland erhebt, ohne jede feste Grundlage ist. Es versteht sich ganz von selbst, daß die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft nicht einen Handel begünstigen kann, dessen Beseitigung als eins der Hauptziele der deutschen Colonisation stets zur Richtschnur gedient hat. Es ist aus den Berichten Wissmann's noch erinnerlich, mit welcher Genugthuung er die Unterdrückung des Sclavenhandels an den deutschen Küstenplätzen Ostafrikas erwähnt hat. Durch Gestattung dieses Handels würde sich die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft in directen Gegensatz zur deutschen Reichsregierung setzen.

Die Sache muß also anders zusammenhängen, und der wahre Sachverhalt wird binnen Kurzem bekannt werden, nachdem die nöthigen Erkundigungen darüber eingezogen sind. So viel Geduld kann freilich bei einem Leserkreis nicht vorausgesetzt werden, der an die meist falschen Sensationstelegramme der „Times" und der „Daily News" gewöhnt ist.

Es ist hier aber der Ort, um noch eine andere Angelegenheit zur Sprache zu bringen, in welcher britische Begehrlichkeit auch eine verderbliche Rolle spielt. Das Abkommen zwischen England und Portugal hat Kräfte in Bewegung gesetzt, die sich nicht nur in Afrika äußern, sondern die ihre Wirkung auch in sehr fühlbarer Weise auf Europa ausdehnen. England hat, obwohl es die Zähigkeit kennt, mit welcher die Bewohner der Iberischen Halbinsel an ihrem Colonialbesitz festhalten, auf Grund seiner Uebermacht Anforderungen an Portugal gestellt und durchgesetzt, welche bei den Portugiesen auf den entschiedensten Widerstand stoßen und außerdem die Monarchie in Portugal in Frage stellen. England hat die Zugeständnisse von Portugal hinsichtlich seiner Besitzansprüche in Afrika erlangt, welche es gefordert hat, aber das portugiesische Ministerium hat unter dem Ansturm der öffentlichen Unzufriedenheit zurücktreten müssen, und die Erregung im Lande über das Abkommen mit England ist so stark, daß es sogar in der Kammer unter den Abgeordneten zu Thätlichkeiten gekommen ist. Der Vertrag ist in letzter Stunde noch modificirt worden und unterliegt gegenwärtig der Prüfung der Kammer durch eine Commission, aber ob die Sache einen friedlichen Verlauf nehmen wird, ist noch keineswegs sicher.

Die Deutschen sind nicht so leicht erregbar wie die Portugiesen, obwohl sie angesichts des Abkommens mit England vom 1. Juli hinreichenden Grund zur Erregung hätten. Jetzt kehrt England den Spieß um und stellt sich so, als ob Deutschland England gegenüber im Unrecht wäre. Zuerst haben sich die Engländer ins Fäustchen gelacht und in der Meinung, daß sie den Vogel abgeschossen hätten, eine parlamentarische Komödie aufgeführt, die den Schein erwecken konnte, daß der Vertrag mit Deutschland nicht so vortheilhaft für England wäre, als er sein könnte bei klügerer Benutzung der Umstände. Jetzt sehen die Engländer ein, daß auch der für England günstigste Vertrag es nicht hindern könnte, daß Deutschland seine Zwecke in Afrika erreicht. Das Vordringen Emin's in der Richtung nach dem Victoria-Nyanzasee ist ihm ebenso ein Dorn im Auge wie die glückliche Beendigung der Expedition des Dr. Peters und die Begeisterung, mit welcher der kühne Streiter für Deutschlands Rechte im Auslande in der Heimath empfangen worden ist. Emin, Wissmann und Peters auf der einen, Stanley und Jackson auf der anderen Seite ist in der That ein Gegensatz, welcher die Engländer in Harnisch zu bringen geeignet ist.

Leipzig, 19. September.

* Den letzten Berichten aus Wien ist zu entnehmen, daß der Bürgermeister der Stadt Wien schon des Näheren über die auf die **Ankunft des Kaisers Wilhelm** bezüglichen Anordnungen unterrichtet sei. Denn es werden bereits die Straßen bezeichnet, deren Ausschmückung vorbereitet wird, und auch die Bevölkerung wird Gelegenheit haben, sich an dem Empfange des hohen Gastes in großer Menge zu betheiligen, da den erwähnten Anordnungen zufolge die Fahrt **des Kaisers Wilhelm** nach Schönbrunn über die Ringstraße genommen werden soll, welche mit Triumphpforten und einem Walde von Flaggenstangen geziert werden wird. Auch seitens der Bevölkerung werden, wie weiter aus Wien berichtet wird, **bereits Vorbereitungen für die Ausschmückung** der Häuser in den Straßen getroffen, durch welche sich der Zug bewegen wird. Nach Allem, was bisher verlautet, ist für die Fahrt zu den steierischen Hochwildjagden auf der Hinreise nur eine Durchfahrt **des deutschen Kaisers** durch Wien nach dem **Schönbrunner** Schlosse in Aussicht genommen. Der Aufenthalt in Schönbrunn wird nur von kurzer Dauer und von einer Tafel, welche die hohen Jagdgäste vereinigen wird, ausgefüllt sein. Während der Jagden wird Kaiser Wilhelm gemeinsam mit dem Kaiser Franz Josef und dem König von Sachsen in dem kaiserlichen Jagdschlosse zu Mürzsteg Wohnung nehmen.

* Die Ernennung des Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen, von Wolff, zum Chef-Präsidenten der Ober-Rechnungskammer in Potsdam an Stelle des nach mehr als sechzigjähriger Dienstzeit in den Ruhestand tretenden Wirkl. Geh. Raths v. Stünzner ist dem Vernehmen nach bereits vollzogen. Der Wechsel in der Leitung dieser Behörde dürfte Anfang nächsten Monats erfolgen. Wenn bereits von der Wiederbesetzung des Ober-Präsidiums in Magdeburg die Rede ist, so ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Erledigung dieser Frage nicht vor der Rückkehr des Ministers des Innern aus seinem Urlaub in Frage kommen wird.

* Bald nach der Ernennung des Oberbürgermeisters Miquel zum preußischen Finanzminister tauchte von Altona aus die Nachricht auf, daß der dortige Oberbürgermeister Adickes Aussicht habe, Nachfolger Miquel's als Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. zu werden. Diese Meldung wurde von Frankfurt aus entschieden bestritten, und es machte den Eindruck, als ob man in Altona ein größeres Interesse daran habe, Herrn Adickes zum Oberbürgermeister von Frankfurt ernannt zu sehen, als in Frankfurt selbst. Jetzt wiederholt sich die Meldung in bestimmterer Form. Der „Hamburger Correspondent" erfährt, und zwar wieder aus Altona, daß sich eine Deputation von Frankfurt a. M., bestehend aus dem Stadtverordnetenvorsteher und dessen Stellvertreter, nach Altona begeben und Herrn Adickes für den Fall der Annahme einer Candidatur eine große Mehrheit in Aussicht gestellt habe. Die Altonaer Stadtverordneten seien der Meinung gewesen, daß auch das Anbieten eines größeren Gehaltes Herrn Adickes nicht zu fesseln im Stande wäre. Man scheint also in Altona darauf zu verzichten, den Oberbürgermeister zu halten; jetzt fehlt nur noch eine Bestätigung aus Frankfurt a. M., daß dort wirklich für Herrn Adickes eine Mehrheit vorhanden ist.

* Der kaiserliche Generalconsul in Triest v. Lutteroth ist gestorben. Der „Reichs-Anzeiger" widmet demselben folgenden Nachruf: „Der deutsche Generalconsul in Triest Frhr. v. Lutteroth ist heute in Reichenau bei Wien gestorben. Selten wird einem Beamten eine so langjährige Dienstzeit vergönnt, wie der Dahingeschiedene sie zurückgelegt hat. Frhr. v. Lutteroth feierte bereits im Jahre 1883 sein 50jähriges Amtsjubiläum im deutschen Consulatsdienst. Im Jahre 1833 zum großherzoglich badischen Consul in Triest ernannt, fungirte er demnächst als preußischer, norddeutscher und deutscher Generalconsul daselbst. Zahlreiche und hohe Auszeichnungen sind dem Verewigten während seiner nahezu 60jährigen amtlichen Thätigkeit in Anerkennung seines pflichtgetreuen verdienstlichen Wirkens zu Theil geworden."

* Aus München, 15. September, wird gemeldet:

In Bayern ist die neuerdings von Cobleny ausgegebene Parole der Decentralisirung der katholischen Bewegung durch Abhaltung von Provinzialkatholikentagen gestern durch einen niederbayerischen Katholikentag in Straubing eröffnet worden. Geredet wurde ungeheuer viel und über alles Mögliche, am wenigsten über die soziale Frage, welche der Anlaß in den Vordergrund gestellt hatte. Die kirchlichen Dinge in Bayern behandelte man, um wieder „hoffähig" zu werden, ziemlich vorsichtig; ein Redner proclamirte zwar das Bestreben, „die künstlichen Nebel, die sich um die Gipfel der Berge gelagert haben, zu zerstreuen und einen klaren Ausblick in die Lande, auch in das schwarze Niederbayern, zu eröffnen"; ein anderer aber erklärte, gegen die unerreichbare „Person des Inhabers der Macht" dürfe und wolle man nicht kämpfen. Sonst fehlte es an den üblichen Verhetzungen nicht und die niederbayerischen Bauern, die von ihren Geistlichen in zahlreichen Schaaren herbeigeführt waren, bekamen manch erbauliches Sprüchlein zu hören. So sagte der Straubinger Stadtpfarrer Herr Neumayer u. A. nach dem Hinweis, daß jede irdische Autorität nur insoweit berechtigt sei, als sie von Gott dazu eingesetzt: „Erkennt nun die Menschheit diese Autorität von Gottes Gnaden nicht mehr an, dann erfolgt naturgemäß ein Umsturz der Ueber- und Unterordnung in der Gesellschaft, dann bekommen wir eine heute volée von Bettlern in Glanzhandschuhen, die sich gelegentlich aufspielen." Landtagsabgeordneter Bürgermeister Mayrhofer-Deggendorf schilderte die Gefangenschaft des Papstes im Vatican: „Denken Sie, der Papst, der Vertreter der ganzen katholischen Welt, ist seines Landes beraubt, er ist in seinem Palast, dem Vatican, eingeschlossen, das italienische Militair umgiebt und bewacht ihn, ja man hat sogar ein Ringgebäude um den Vatican errichtet, um Alles zu beobachten, was dort vorgeht. Der h. Vater kann den Vatican nicht verlassen, er ist innerhalb dieses Palastes eingeschlossen und was das in Italien, in Rom ist, einen engen Raum nicht verlassen zu können, das wird man einigermaßen ermessen können, wenn man bedenkt, daß in Rom während des Sommers fast jeder einigermaßen gut situirte Bürger Rom verläßt wegen der großen Hitze und wegen des schlechten Klimas. Das kann der h. Vater nicht, ja selbst das Briefgeheimniß ist nicht mehr gesichert ꝛc." Daß die „Gefangenschaft" des Papstes eine freiwillige, daß Leo XIII. übrigens kürzlich einmal bei einer Ausfahrt den Vatican thatsächlich verlassen hat und von der italienischen Wache ehrfurchtsvoll begrüßt wurde, daß die italienische Regierung froh wäre, wenn er ganz frei auf ihrem Gebiet verkehren wollte, das wurde den Bauern natürlich nicht gesagt. Die erste der acht gefaßten Resolutionen protestirt gegen die „Verunglimpfung" der Kirche und des h. Stuhles durch die italienische Regierung und fordert alle Katholiken zum Gebet auf, daß Gott es doch fügen möge, daß Kirche und h. Stuhl in den vollen Besitz ihres Eigenthums und ihrer Rechte gelangen. Auch die übrigen Resolutionen wiederholen Altbekanntes. Bemerkenswerth als Zeichen gelehrter Beziehungen ist die Thatsache, daß dieses Mal der Prinzregent für das Begrüßungstelegramm des Katholikentages telegraphisch seinen Dank kundgegeben hat. Im vorigen Jahre war das nicht geschehen und das Begrüßungstelegramm eben vollständig ignorirt worden, wie auch der Empfang einer Art Deputation verweigert wurde.

* * *

* Aus Kurland sind bereits die letzten, allgemeine Erregung hervorrufenden Vorgänge auf dem Mitauischen Gymnasium, wo plötzlich statt der seit mehr als einem Jahrhundert üblichen evangelischen Morgenandacht eine Gebetsfeier nach griechischem Ritus zwangsweise eingeführt wurde, berichtet worden. Daß dieser von der russischen Unterrichtsverwaltung auf protestantische Schüler ausgeübte Gewissenszwang (im Mitauischen Gymnasium sind von 473 Schülern nur 23 griechischen Glaubens) auch auf die übrigen baltischen Lehranstalten ausgedehnt werden soll, ist aus einem der letzten Rundschreiben des soeben nach Petersburg versetzten Curators Kapustin zu ersehen. Nach einer langen salbungsvollen Einleitung über die Bedeutung des Gebets wird dort besonders betont, wie wichtig es sei, daß die Andacht in einer allen Lernenden verständlichen und gemeinsamen Sprache, worunter der Curator das Russische versteht, abgehalten werde. Er habe keinen Grund, die Schule nach Religionsbekenntnissen zu trennen, das bisherige evangelische Gebet dehne sich zu lang aus und gleiche einer gottesdienstlichen Feier, es würden dem Bildungsstande der Zöglinge nicht angemessene, nicht immer allen verpflichteten Zuhörern verständliche Lehren vorgetragen, es würde ein Unterschied zwischen den Lernenden in einer Sache geschaffen, der jeder Unterschied fremd sein solle, den Schülern würde täglich in Erinnerung gebracht, daß es gleichsam zwischen ihnen nichts Gemeinsames gebe. Nach diesen an die Vorstände der baltischen Lehranstalten gerichteten Ausführungen des obersten Leiters des baltischen Unterrichtswesens kann man darauf gefaßt sein, ähnlichen Zwangsmaßregeln auf religiösem Gebiete, wie sie sich in Mitau abgespielt haben, demnächst auch in anderen Städten Liv-, Esth- und Kurlands zu begegnen. Weil darauf, daß diesem Treiben von höherer Seite Einhalt geboten werden könnte, nicht zu rechnen ist, so bleibt den Eltern, die den Glauben ihrer Kinder nicht von russischen Popen vergewaltigen lassen wollen, nichts Anderes übrig, als sie aus solchen Zwangsanstalten herauszunehmen. Das ist bereits vielfach in Mitau geschehen und wird sich überall wiederholen.

* In der politischen Rundschau „Rußki Westnik" gibt Tatischew eine Reminiscenz zum Besten, deren Glaubwürdigkeit sich wohl bald erweisen wird. Herbst 1886 soll ihn der deutsche Botschafter Schweinitz, den er während seiner diplomatischen Laufbahn in Wien kennen gelernt habe, gebeten haben, den damals in Petersburg anwesenden Katkow, der im Zenith seiner Macht stand, zu einer Begegnung zu veranlassen; er wolle ihn überzeugen, daß Deutschland weit entfernt davon sei, die Freundschaft Rußlands mit derjenigen Oesterreichs zu vertauschen; Katkow sei auf einen Irrweg gerathen, er wolle hoffen, ihn auf den richtigen Weg zurückzuführen. Katkow habe die Aufforderung direct abgelehnt. Schweinitz, sagte derselbe, sei ein aufrichtiger Freund Rußlands, als solcher rede und handele er, ohne zu ahnen, daß sein Chef Fürst Bismarck ganz andere Ziele verfolge. Wie die russische Diplomatie, habe auch er selbst (Katkow) den Versicherungen des deutschen Botschafters Beachtung geschenkt, so lange ihm die geheimen politischen Vorgänge fremd waren. Sagen Sie Schweinitz, so bat Herr Katkow Herrn Tatischew, daß ich seine Ansicht über den Nutzen des Dreibundes, in welchem angeblich Deutschland die Rolle des Vermittlers zwischen Rußland und Oesterreich spielen will, vollkommen theile, doch gebe ich noch weiter: ich halte einen parallelen Dreibund zwischen Deutschland, Frankreich und Rußland für nothwendig, in welchem letzteres den Vermittler zwischen den beiden anderen Bundesgenossen spielt, und ferner halte ich ein besonderes Bündniß zwischen Rußland und Frankreich für nothwendig; in einem nicht zu vermeidenden Streit würde Rußland sich auf die Seite Frankreichs stellen; General Schweinitz wird zugeben, daß Rußland aldann genau das thäte, was Deutschland betreffs Oesterreichs zu thun beabsichtigt. Tatischew fand Katkow's Auftrag zu delicat und will diese Bemerkungen Schweinitz indirect haben zugehen lassen.

* Die Verhältnisse im Canton Tessin bereiten dem Bundesrathe in Bern große Schwierigkeiten. Die gestürzte Regierung hat nach seiner Entscheidung ungesetzmäßig gehandelt, indem sie das verfassungsmäßige Begehren um Partialrevision der tessinischen Verfassung nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist zur Abstimmung brachte. Andererseits konnte die durch Gewalt zur Herrschaft gelangte neue Regierung nicht anerkannt werden, sondern mußte aufgelöst werden. Der frühere Chef der Tessiner Regierung, Respini, der am meisten gehaßte unter den Regierungsmännern, ist am Montag aus der Haft entlassen und in Bern eingetroffen, um die Wiedereinsetzung der früheren Regierung zu erlangen. Indessen vollzieht sich wahrscheinlich die Lösung in der Weise, daß der Bundescommissar Künzli die auf Weiteres die Regierungsgewalt übernimmt und zu diesem Zwecke sich Rathgeber aus beiden Lagern holt. Das Nächste wird die Abstimmung über die Verfassungsrevision sein, und fällt die Abstimmung, wie kaum zu bezweifeln, in dem Sinne der Revision aus, so ist diese selbst so rasch wie möglich in die Hand zu nehmen. Die „Bessische Zeitung" erhält die folgende Meldung:

* Bern, 17. September. Die Conservativen Tessins beschlossen, daß die gestürzte Regierung wieder zusammentreten und mit dem Bundescommissar, welcher gegenwärtig die Militair- und Civilgewalt in Tessin ausübt, behufs Regelung der Verhältnisse unterhandeln solle. Auch hier werden von jener Seite in wiederholten Audienzen beim Bundesrathe Anstrengungen im Sinne der Wiedereinsetzung der gestürzten Regierung, jedoch bis jetzt erfolglos, gemacht. Die Sachlage des Bundesrathes ist schwierig, insofern die Liberalen bei Ausübung ihres Putsches thatsächlich den gesetzlichen Weg verlassen haben, und die Conservativen drohen, falls der frühere Zustand nicht hergestellt werde, ebenfalls und mit gleichem Rechte wie die Liberalen den gesetzlichen Weg zu verlassen. Die Beerdigung des getödteten Obersten Rossi in Castelrotto gab zu seinen beunruhigenden Auftritten Anlaß, wie überhaupt in Tessin Ruhe herrscht, so daß der Umfang gestörte Fremdenverkehr wieder aufblüht. Trotz dieser beruhigenden Anzeichen ist indessen die Krisis noch nicht überstanden.

* Aus Valencia, 15. September, wird gemeldet:

Die Cholera ist bedenklich im Steigen begriffen. Die amtlichen Ziffern geben die Zahl der Erkrankungen für die Stadt Valencia bereits mit 42 und die der Todesfälle mit 23 für den Tag an! Viel wird jedem verheimlicht, so daß man den wahren Stand der Seuche, namentlich in der Provinz, eigentlich nur ahnen kann. Seitens der Aerztekammer sind die Aerzte daher nochmals aufgefordert worden, jeden Fall unbedingt zur Anzeige zu bringen. Letztere haben immer noch einen schweren Stand. Gestern wurde in dem benachbarten Dorf Benimamet ein Arzt mit dem Tode bedroht, wenn er nicht die Arznei, die er für einen Cholerakranken bereitet, selbst zu sich nehmen würde; er mußte der Gewalt weichen. Die Furcht, daß die Aerzte die Kranken vergiften, ist eben in weiten Schichten der Bevölkerung verbreitet. Berechtigtes Aufsehen machen die Heilversuche, die der Universitätsprofessor Moliner mit von ihm erfundenen Apparaten nach dem Hamm'schen Verfahren anstellt, indem er den Kranken Wasser mit einer Lösung von chlorure de sodio unter der Haut einspritzt. Er verwandte dazu 4 Liter in zweimaliger Dosis, und zwar 300 Kubikcentimeter in der Minute. Die Wirkung war überraschend! Kranke, die so gut wie aufgegeben waren, gewannen ihre natürliche Farbe wieder, die bereits erloschene Stimme gab wieder Laute von sich, die Brust hob sich und der Kranke erlangte seine geistigen Fähigkeiten und seine Sprache wieder. Die Versuche werden im Josephshospital fortgesetzt, und es verlohnt sich wohl mit Rücksicht auf die große Bedeutung des Gegenstandes, ihnen volle Aufmerksamkeit zu schenken. Wer nicht nur in Valencia ist die Cholera im Zunehmen begriffen, sondern leider auch in den Provinzen Castellon (Alcora, Nules) und Toledo. Dort schreibt man dies dem Reichwerden des Tajo zu.

* Die provisorische Regierung von Brasilien hat vor längerer Zeit ein Decret erlassen, welches die in Brasilien ansässigen Ausländer kurzer Hand naturalisirt. Durch eine identische Note hatten die Cabinete von London, Rom, Wien, Madrid und Lissabon gegen dieses